

Sucht

Film

Dialog

■ **Problem Lyrica**



Zwischen Juli 2015 und Juli 2016 stieg die Zahl der Drogentoten in Osnabrück im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sprunghaft von acht auf 22 Betroffene an. Diesen Befund nahmen neun Studierende der Hochschule Osnabrück zum Anlass, die Ursachen für den deutlichen Anstieg zu erforschen. Ein Ergebnis: Das Medikament Lyrica mit dem Wirkstoff Pregabalin und hohem Suchtfaktor sorgt für viele Probleme. **Seite 14**

■ **„Born To Be Blue“**



Jazz und Heroin – eine zerstörerische Kombi, die in den 50er Jahren viele begnadete Musiker erfasste. Der Trompeter Chet Baker lebte ein bewegtes und von Heroin, mehreren Ehen, aber auch Gefängnisaufenthalten durchzogenes Leben. Der Spielfilm „Born To Be Blue“ nähert sich dem „James Dean des Jazz“ an. Das Bild zeigt den echten Baker (re.) und Stan Getz bei einem Auftritt 1983 (screenshot/youtube). **Seite 11**

■ **Live-Schalte ins Heim**



Die moderne Konferenztechnik machte es möglich: Auch Dorothea Buck war live beim Symposium anlässlich ihres 100.ten Geburtstags dabei. Nicht leibhaftig, aber mittels Headset und Computer aus ihrem Pflegeheim direkt in den großen Uni-Hörsaal übertragen. Dort tauschten sich viele hundert Anhänger der dialogischen Bewegung darüber aus, „woher wir kommen und wohin wir wollen“. **Seite 8**

Schon wieder mehr Drogentote

■ **Besonders hoher Anstieg bei „Legal Highs“ / „Oft Prekäre Versorgung von Suchtkranken“ hinter Gittern**

Der Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, Rainer Gaßmann, hat für ein Umdenken in der Drogenpolitik plädiert. Hintergrund ist die zum vierten Mal in Folge gestiegene Zahl der Drogentoten in Deutschland. Dass die Substanzen immer reiner und preiswerter würden zeige, dass man mit einer Verbotspolitik nicht weiterkomme, sagte er der Deutschen Presseagentur. Zugleich erinnerte er an die oft prekäre gesundheitliche Versorgung von Suchtkranken in Gefängnissen.

BERLIN (hin). Viele der Drogentoten seien abhängige Häftlinge gewesen. Einige würden schon kurz nach ihrer Entlassung an einer Überdosierung sterben, weil sie im Gefängnis nicht oder nur unzureichend mit z.B. Methadon versorgt würden.

„Globalisierung und Digitalisierung prägen auch die Rauschgiftkriminalität“: Unter diese Überschrift hatten die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CDU), und der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, ihre gemein-

same Pressemitteilung zum Bericht zur Rauschgiftlage 2016 gestellt. Danach sind im vergangenen Jahr 1333 Menschen durch illegalen Drogenkonsum gestorben. Dies entspricht einem Anstieg von neun Prozent. 2015 zählten die Behörden 1226 Tote. 2012 waren es noch 944 gewesen. Als ein Hintergrund für die anhaltend steigende Tendenz werden bessere Verfügbarkeit, etwa über das Internet, sinkende Preise und steigende Stoffqualität gesehen.

84 Prozent der Drogentoten sind männlich, das Durchschnittsalter liegt bei rund 38 Jahren. Haupttodesursache blieb die Überdosierung von Opioiden bzw. Opiaten – allein oder in Verbindung mit anderen Substanzen. Einen besonders hohen Anstieg von Todesfällen gab es durch den Konsum sogenannter Legal Highs. In Zusammenhang mit den „Neuen psychoaktiven Stoffen“ (NPS) wurden 98 Tote registriert. 2015 waren es 39 Tote.

Starke Anstiege gab es dem Bericht zufolge in Nordrhein-Westfalen (plus 12 Prozent), Rheinland-Pfalz (plus 41 Prozent) und Hamburg. In der Hansestadt starben 2016 insgesamt 75 Menschen an den Folgen von Rauschgift – eine Steigerung von 27 Prozent. Berlin

verzeichnet mit 167 (+ 9 Prozent) die absolut meisten Rauschgiftopfer. Schleswig-Holstein meldete einen Anstieg von 42 auf 46 Opfer (plus 9,5 Prozent). In Niedersachsen (65) und Bremen (17) sanken die Zahlen dagegen um 7,1 bzw. 10,5 Prozent.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), erklärte: Weder die Forderung nach einem Krieg gegen die Drogen helfe weiter, noch der Ruf nach einer Legalisierung. Sie betonte die Bedeutung von Präventionsmaßnahmen. Zudem brauche man mehr Hilfen für Abhängige und ihre Angehörigen.

Afghanistan bleibt der weltweit bedeutendste Opiumproduzent und der wichtigste Heroinlieferant für den europäischen Markt mit gesteigener Anbaufläche. Hauptproduktionsland für Kokain ist weiter Kolumbien. Ecstasy und Amphetamin wurden laut der Pressemitteilung größtenteils aus den Niederlanden eingeführt, Methamphetamine (Crystal) nach wie vor fast nur aus Tschechien. Der Großteil des sichergestellten Haschischs stammt aus Marokko, Hauptherkunftsland für in Deutschland sichergestelltes Marihuana sei Albanien. Das Rauschgift gelangt häufig über den Postweg zu den Bestellern.



Schule kann erschöpfend sein ... Szenenbild aus „Ich.Du.Inklusion“. Foto: Thomas Binn / BINN-Medienprodukt

Inklusion? Ja, aber!

■ **Langzeitdokumentation spiegelt Misere an den Schulen wider**

Niemand sollte den Film „ICH.DU.INKLUSION.“ zum Anlass nehmen, den Aufbau inklusiver Bildung stoppen, verlangsamen oder komplett in Frage stellen zu wollen. Wir freuen uns aber über die Debatte, wie die Umsetzung von Inklusion an Schulen verbessert werden kann“. Zu diesem Statement sah sich der Regisseur und Sozialpädagoge Thomas Binn anlässlich des Filmstarts seiner Langzeit-Schuldokumentation bemüht, da dieser in die heiße nordrhein-westfälische Wahlkampf-

Endphase fiel. Der 90-minütige Film begleitet über mehr als zwei Jahre den Alltag einer Grundschulklasse von Kindern mit und ohne Behinderung im nordrhein-westfälischen Uedem. Dabei wird das Auseinanderdriften von Anspruch und Wirklichkeit ersichtlich, in der es eklatant mangelt: an Sonderpädagogen, Räumen, Weiterbildung, Hilfspersonal ... Der Film ist in mehr als 60 Kinos angelaufen und wird vielerorts im Rahmen von Sonderveranstaltungen gezeigt. Termine unter: <http://ich-du-inklusion.de> (hin)

Wenn Helfer Opfer werden

■ **Mehr Schutz für Ärzte und Pflegekräfte gefordert**

BERLIN (epd/rd). Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) geht von einer hohen Dunkelziffer bei Übergriffen von Patienten auf Pflegepersonal aus. Viele Fälle würden nicht gemeldet, weil es sich um tabuisierte Themen wie sexuelle oder rassistische Übergriffe von Pflegebedürftigen auf Mitarbeiter handele, sagte BGW-Psychologin Claudia Vaupel dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin. Häufig erhielten die Mitarbeiter auch nicht genü-

gend Unterstützung von den Pflegedienstleitungen und Kollegen. Manchen Aggressionen gingen längere Entwicklungsphasen voraus, sodass die Betroffenen sich teils selbst für das Patientenverhalten verantwortlich machten. Andere würden aus Angst vor Jobverlust nichts sagen.

Derweil forderte der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, die Politik auf, „Ärzte besser vor zunehmender Aggressivität von Patienten zu schützen. Er

verwies auf eine wissenschaftliche Studie, wonach 91 Prozent der Hausärzte bei der Arbeit schon einmal Opfer von aggressivem Verhalten ihrer Patienten geworden seien.

Eine Ursache für die zunehmende Zahl von Berichten der Kolleginnen und Kollegen über aggressives Verhalten von Patienten in Praxen, Kliniken und Notfallambulanzen „ist die absolute Arbeitsüberlastung, vor allem auch in den Notaufnahmen“, sagte Montgomery. **Mehr: Seite 3**

AUS DEM INHALT	
ZWANGSBEHANDLUNG Neuer Gesetzentwurf: Skepsis im Rechtsausschuss	S. 4
FLUCHT Kiel: Von Traumaambulanz und Psychosozialem Zentrum	S. 5
GESCHICHTE Der Lebensweg eines jüdischen Nervenarztes	S. 6
ARBEIT Vom boomenden Markt an Online-Programmen	S. 7
NIEDERSACHSEN Neue Ambulanz für Männer mit Gewaltfantasien	S. 12
DEMENZ Kleine Veränderungen im Heim, große Wirkung	S. 15
TRIALOG Zehn Jahre Borderline-Triolog: Teilnehmer berichten	S. 16
BÜCHER Psyche und Raum – interdisziplinär betrachtet	S. 17

Kinder besser schützen

■ Missbrauch: Zahlen gestiegen / Neue Bundesinitiative soll schulische Hilfen und Schutzmaßnahmen verstärken

Die Kriminalstatistik 2016 zeigt einen Zuwachs bei der Verbreitung von Kinderpornografie und beim sexuellen Missbrauch von Kindern. Das betonte Johannes-Wilhelm Rörig, der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, auf einem Pressegespräch im Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung. Gemeinsam mit der Schulbehörde nutzte er eine Schulleiterkonferenz Ende April zum Auftakt der Bundesinitiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ in der Hansestadt.

HAMBURG/BERLIN (gl). Diese startete bereits im September 2016 in Nordrhein-Westfalen und zielt darauf ab, alle 30.000 Schulen in Deutschland bei der Entwicklung von Konzepten zum Schutz von Schülern vor sexueller Gewalt zu unterstützen – egal, ob diese in der Schule, in den Familien oder online geschieht. Nach Hessen und Schleswig-Holstein beteiligt sich Ham-

burg als viertes Bundesland. In dem Pressegespräch betonte Rörig, dass die Schule nicht primär als Tatort, sondern auch als Schutz- und Kompetenzort betrachtet werden sollte. Es gehe zunehmend auch um Taten, die online verübt werden, darunter das Cybergrooming oder die Bloßstellung durch online verschicktes Bildmaterial (Sexting). Lehrer sollten wissen, was zu tun ist, wenn sie von sexueller Gewalt gegen Schüler erfahren. Rörig: „Eine Schule, die keinen Plan hat, richtet noch mehr Schaden an“.

Lehrer müssten nun nicht etwa zu Kriminalisten werden. Doch: „Die Schule ist der Ort, an dem wir alle Kinder erreichen und Ansprechpartner haben“. Schon jetzt gebe es vielerorts Vertrauenslehrer und einen schulpsychologischen Dienst. Doch auch Notfallpläne sollten Standard sein. Manche Lehrer hätten schon Probleme damit, überhaupt über Sexualität zu sprechen. „Wenn sie dann von schrecklicher sexueller Gewalt erfahren, kann es sein, dass Abwehrmechanismen in Gang gesetzt werden“, so Rörig. Widerstand könne auch aus der Angst heraus entstehen, jemanden zu Unrecht zu verdächtigen oder vermeintliches Gerede zu bedienen. Doch: „Wir müssen rein statistisch davon ausgehen, dass in jeder Klasse ein bis zwei Mädchen und Jungen von sexueller Gewalt betroffen sind“. Ab Mai werde ein Kinderschutzordner an alle allgemeinbildenden

Schulen der Stadt versendet.

Die Bundesinitiative hat auch ein Online-Fachportal entwickelt mit spezifischen Informationen für Eltern und Lehrer für jedes einzelne Bundesland (<https://www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de/home/>). Sie bietet fachliche Unterstützung für die (Weiter-) Entwicklung eines Schulkonzepts an. Wichtige Bestandteile hierfür seien unter anderem ein Interventionsplan, Kooperationen, Fortbildungen, ein Verhaltenskodex oder auch Präventionsangebote. „Wichtig ist vor allem die Offenheit für das Thema“, so Rörig.

2016 zählte die erst im April veröffentlichte Kriminalstatistik 2016 für ganz Deutschland 12.019 Fälle von Kindesmissbrauch nach den Paragrafen 176, 176a und 176b des Strafgesetzbuchs. Hamburg liegt mit 234 Fällen (13,1 pro 100.000 Einwohner) noch unter dem Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: In Mecklenburg-Vorpommern zählte die Statistik 23,4 und im Saarland 10,5 Fälle pro 100.000 Einwohner. Deutschlandweit wurden 5687 Fälle von Kinderpornografie nach Paragraph 184b StGB gezählt, im Verhältnis die wenigsten davon in Hamburg mit 4,4 Fällen pro 100.000 Einwohner, und die meisten in Berlin mit 10,1 Fällen pro 100.000 Einwohner.

Weitere Berichte zum Themenkomplex Internet, sexuelle Gewalt und Schule: **Seite 13**

Meldungen

Mehr Geld für Gruppentherapie

BREMEN (rd). Das Honorar für Gruppentherapien steigt ab Juli im Durchschnitt um etwa 20 Prozent an. Kassenärztliche Bundesvereinigung und GKV-Spitzenverband haben sich auf neue Tarife geeinigt. Je größer die Gruppen, desto stärker wird das Honorar je Teilnehmer und 100 Minuten Sitzung abgestaffelt, berichtete die Ärztezeitung-online weiter.

Mindestlohn in der Pflege steigt an

BERLIN (epd). Der Mindestlohn in der Pflege soll im nächsten Jahr auf 10,55 Euro im Westen und 10,05 Euro pro Stunde im Osten steigen. Wie das Bundesarbeitsministerium mitteilte, hat sich die Pflegekommission darauf einstimmig verständigt. Bis 2020 soll die Lohnuntergrenze dann weiter in zwei Schritten auf 11,35 Euro pro Stunde im Westen und 10,85 Euro im Osten angehoben werden. Die Regelung betrifft den Angaben zufolge rund 900.000 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen.

Berlin: Flüchtlinge prostituieren sich

BERLIN (rd). Immer mehr junge Flüchtlinge gehen Medienberichten zufolge in Berlin der Prostitution nach: Dabei handele es sich überwiegend um junge Männer aus Afghanistan, Pakistan und dem Iran, berichtete das RBB-Inforadio unter Berufung auf Hilfsorganisationen. Linke und Grüne forderten mehr Unterstützungs- und Betreuungsangebote. Die Prostitution wird dem Bericht zufolge meist über Internetforen organisiert. Im Berliner Tier-

garten habe sich eine regelrechte Szene entwickelt. Manche Flüchtlinge seien minderjährig, die meisten gerade erwachsen geworden. Als Hauptursache sehen die Hilfsvereine mangelnde Unterstützungsangebote. Ab 18 Jahren würden viele Flüchtlinge aus dem Hilfesystem für Jugendliche herausfallen.

Misshandlung von Autisten bestraft

DÜSSELDORF (epd). Wegen Misshandlung und gefährlicher Körperverletzung schutzbefohlener autistischer Kinder und Jugendlicher hat das Landgericht Düsseldorf drei frühere Mitarbeiter einer Jugendhilfeeinrichtung zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Die ehemalige Leiterin, ein Betreuer und eine Erzieherin hätten nicht im Rahmen einer Therapie, sondern strafbar gehandelt, befand das Gericht nach 34 Tagen Hauptverhandlung. (AZ: 7 KLS 6/13). Die Vorfälle ereigneten sich zwischen 2006 und 2008. Die schwer erziehbaren autistischen Kinder im Alter von sechs bis 16 Jahren befanden sich in der Obhut der evangelischen Jugendhilfeeinrichtung Educon in Hilden.

Für die Richter steht fest, dass die Angeklagten die Kinder beispielsweise über Stunden festhielten, ihnen Schmerzen durch Umdrehen des Arms zufügten oder sie durch Bespritzen mit Wasser in Augen und Mund quälten. Die Angeklagten hätten die Kinder verhöhnt und verspottet. Ein Kind sei in der sogenannten Teppichrunde immer wieder bis zur Erschöpfung vom Stuhl gestoßen worden. Zugunsten der Angeklagten sei berücksichtigt worden, dass ihr ursprüngliches Motiv gewesen sei, den Kindern zu helfen und sie vor einer Einweisung in die Psychiatrie zu bewahren, hieß es. Allerdings hätten sie die unabsehbaren Folgen ihres Handelns in Kauf genommen.

Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

querstadtein

Tagungen sind meine Klassetreffen. So wie in Hamburg beim Symposium anlässlich des 100. Geburtstags von Dorothea Buck. Ich durfte sogar Klaus Dörner am umkämpften Ausschank einen Kaffee besorgen. Eigentlich klappt das Prinzip, solange es irgendwie um Sozialpsychiatrie geht.

Ich staunte nicht schlecht, als sich die Stalking-Konferenz am 4. April in der Charité als meine Diaspora entpuppte. Ich kannte nur Wolf Ortiz-Müller von „Stop Stalking“. Justizminister Heiko Maas grüßte per Videobotschaft, und Dirk Behrendt, Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung des Landes Berlin, erzählte von einer Veranstaltung 2009 unter dem Titel „Wenn Liebe zum Verbrechen wird“ im Hinterzimmer einer Kreuzberger Kneipe. Kein bekanntes Gesicht, obwohl das Thema Stalking quasi zu den Kernaufgaben der Sozialpsychiatrischen Dienste gehört.

Das Phänomen ist ein Beispiel für die berühmte Janusköpfigkeit dieser Stelle, für die Doppelfunktion von Hilfe und Kontrolle, denn man ist für Opfer und Täter in unterschiedlicher Weise zuständig. Und gemeinsam mit der Polizei machtlos – noch. Drei Wochen vor der Konferenz wurde das seit zehn Jahren existierende Nachstellungsgesetz verschärft. Bisher verlangte der § 238 StGB den Nachweis, dass das Opfer in seiner Lebensgestaltung schwerwiegend beeinträchtigt ist, es also den Wohnort und die Arbeitsstelle bereits wechseln musste. In der neuen Fassung muss nur noch die Gefahr bestehen, dass die Lebensgestaltung des Opfers schwerwiegend beeinträchtigt wird. Doch die Hoffnung stirbt zuerst: Stalker lassen sich durch juristische Drohungen kaum beeinflussen. Es wurde erinnert an tragische Einzelfälle, nicht zuletzt an die Tötung eines Opfers durch einen prominenten Funktionär der Berliner „Piraten“. Bei derart schweren Fällen von Stalking laute das Motto: „Hit hard and early“.

Ich fand diese Konferenz ungeheuer lehrreich. Denn auch die Beratungsstellen arbeiten janusköpfig, sowohl mit Tätern als auch mit Opfern, natürlich fein säuberlich getrennt. Übrigens ist das Mobiltelefon das wichtigste Medium der Stalker. Achten Sie auf Ihre Han-

dynammer!

Der Konferenz war ihre lange und akribische Vorbereitung anzumerken. So war es auch bei der Netzwerkborse der psychosozialen Hilfen für Geflüchtete: „Network now!“ Immer wieder war auf der Webseite www.perspektiven-pvg.de um Spenden gebeten worden, der Termin wurde verschoben, bis es am 27. April endlich losging. Es gab Stände, Infoboxen, jede Menge Workshops, und Kultur. Das Thema wird auf Senats- und Bezirksebene immerhin so hoch gehängt, dass der Landesbeauftragte für Psychiatrie, Dr. Thomas Götz, zusammen mit dem Psychiatrie-Koordinator des Bezirks Mitte auf dem Podium saß. Es gab das übliche Geplänkel: Aktivisten forderten erheblich mehr Aktivitäten, man verwies auf die 24 Sozialarbeiterstellen für mobile

Beispiel für die berühmte Janusköpfigkeit

Flüchtlingsarbeit der Kontakt- und Beratungsstellen. Man schimpfte über diejenigen, die mal wieder nicht anwesend waren, bis sich tatsächlich eine Mitarbeiterin des LAF (Landesamt für Flüchtlinge, früher LaGeSo) zu erkennen gab. Ich lernte auch hier eine Menge und nutzte den Tag sogar für einen Spaziergang vom Prenzlauer Berg zum Workshop im Wedding, geführt von einem Stadtführer von „querstadtein“, einem syrischen Flüchtling, der uns in jeder Hinsicht auf Trab brachte.

Machen die denn in Berlin noch etwas anderes als auf Tagungen am veganen Büfett herumzuhängen? Jawohl. Am 3. Mai tagte zum ersten Mal der „Runde Tisch“. Schwierige Klienten wurden vorgestellt, um Alternativen zu einer geschlossenen Unterbringung zu entwickeln. Eine harte Arbeit, und garantiert ohne Schnittchen.

Ilse Eichenbrenner

Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

IMPRESSUM

Verlagsanschrift:

Vitanas GmbH & Co. KGaA
Vitanas Sozialpsychiatrisches
Centrum Koog-Haus
Eppendorfer
Koogstraße 32
25541 Brunsbüttel
Telefon: (04852) 96 50-0
Telefax: (04852) 96 50-65
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:

Andreas Mezler
Vitanas Gruppe
Michael Dieckmann
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)
Internet: www.eppendorfer.de
www.kooghaus.de
www.vitanas.de
www.ameos.eu

Redaktionsleitung,

Layout und Satz
Anke Hinrichs (hin)
Redaktionsbüro NORDWORT
Große Brunnenstr. 137
22763 Hamburg
Tel.: 040 / 41358524
Fax: 040 / 41358528
E-Mail: mail@ankehinrichs.de
www.ankehinrichs.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Sönke Dwenger, Ilse Eichenbrenner, Michael Freitag (fig), Michael Götsche (gö), Annemarie Heckmann (heck), Gesa Lampe (gl), Dr. Verena Liebers, Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh), (rd) steht für Redaktion, Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2017.
Der Eppendorfer erscheint zehnmal im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, auf die zusätzliche Nutzung der weiblichen Form zu verzichten.

BERLIN/NÜRNBERG (rd). Beleidigungen, Schläge oder Drohungen: „Jeden Monat registrieren wir etwa 30 Attacken gegen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, ließ sich Prof. Günter Niklewski, Ärztlicher Direktor des Klinikums Nürnberg, im Sommer vorigen Jahres vom Onlinedienst der Nürnberger Nachrichten zitieren. Bei einer Fragebogenaktion zwei Jahre zuvor hätten 70 Prozent der Klinikumsmitarbeiter angegeben, während ihres Berufslebens schon einmal Opfer von verbalen oder körperlichen Attacken geworden zu sein. 49 Prozent sogar in jüngster Zeit. Daraufhin sei als erster Schritt nachts und am Wochenende ein privater Sicherheitsdienst für die große Intensivstation im Nordklinikum engagiert worden. Dort würden auch Patienten versorgt, die sich „bis zur Bewusstlosigkeit mit synthetischen Drogen wie Crystal Meth oder Kräutermischungen vollpumpen“, so nordbayern.de, und sich beim Aufwachen häufig bedroht fühlten und dann auch zuschlagen würden. Insgesamt aber seien es in den seltensten Fällen Menschen, die krankheitsbedingt ausrasten würden, so Ni-

Bundesärztekammer fordert mehr Schutz für Ärzte

■ Haus- und Notärzte sowie Psychiater besonders gefährdet

klewski, der auch Chefarzt der örtlichen Psychiatrie ist. „Die allgemeine Verrohung in der Gesellschaft nimmt zu, da bleiben Krankenhäuser nicht außen vor“. Es genüge schon eine Kleinigkeit, und Patienten oder ihre Angehörigen reagierten nicht mehr angemessen.

Mehr Schutz für Ärzte und andere Angehörige von Gesundheitsberufen vor Gewalt fordert vor diesem Hintergrund die Bundesärztekammer (BÄK). Sie kritisierte aktuell einen vorliegenden Gesetzentwurf aus dem Bundesjustizministerium. „Alle im Gesundheitswesen tätigen Hilfeleistenden (Ärztinnen, Ärzte sowie Angehörige der Gesundheitsberufe) bei Unglücksfällen, gemeiner Gefahr oder Not in Ausübung ihres Berufes, zum Beispiel im Rettungsdienst, in Rettungsstellen eines Kran-

kenhauses oder im Notfall- und Bereitschaftsdienst, müssen durch die gesetzliche Regelung geschützt werden“, heißt es in einem Schreiben von BÄK-Präsident Frank Ulrich Montgomery an Justizminister Heiko Maas (SPD).

Der von dem Gesetz erfasste Personenkreis müsse erweitert werden. Der Gesetzentwurf sieht härtere Strafen für Angriffe insbesondere auf Polizisten sowie Hilfskräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste vor. „Die Regelung umfasst allerdings nicht Ärztinnen und Ärzte, die im organisierten ärztlichen Notfall- und Bereitschaftsdienst Hilfe bei Unglücksfällen, bei gemeiner Gefahr oder Not leisten“, kritisiert Montgomery. Ebenfalls nicht erfasst seien Ärzte und Angehörige der Gesundheits-

berufe in Krankenhäusern oder Praxen.

Wie das Ärzteblatt berichtete, hätten nach Angaben der Deutschen Gesellschaft Interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin (DGINA) gewalttätige Übergriffe gegenüber Ärzten und anderen Gesundheitsberufen in Notaufnahmen zugenommen. Auch Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) habe auf dem Neujahrsempfang der deutschen Ärzteschaft erklärt: „Wir sehen in den letzten Jahren eine steigende Tendenz solcher Gewalttaten“.

Neben Haus- und Notärzten sind Psychiater am häufigsten Opfer von Gewalt im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit. Nicht immer seien psychische Erkrankungen der Täter ursächlich, jedoch in den meisten Fällen, erklärte dazu 2015 in einem Beitrag für

den Neurotransmitter (Organ des Berufsverbands Deutscher Nervenärzte BVDN) Dr. med. Christa Roth-Sackenheim. In der Ausbildung zum psychiatrischen Fachpfleger gehören Gewaltprävention und Deeskalationsstrategien mittlerweile zum Standard. Im Medizinstudium und in der Weiterbildung der Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie finde sich hierzu indes nichts, stellte sie fest. „Dies verwundert insbesondere angesichts der Tatsache, dass in der Weiterbildung der Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie auch Kenntnisse in forensischer Psychiatrie vermittelt werden“. Roth-Sackenheim stellt die Frage: „Wie schaffen wir den Spagat zwischen Verdrängung oder Verharmlosung der Gefahr für andere, die durch psychische Erkrankungen erwachsen kann, und der anzustrebenden Enttabuisierung und Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen?“ Und kommt zum Schluss, dass es eigentlich einfach sei: „Gute psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung lindert die quälenden und ängstigenden Symptome einer psychischen Erkrankung und hilft so, Krisen zu vermeiden“.

Gewalt am Arbeitsplatz

■ Was tun gegen zunehmende Aggressionen in Pflege- und Betreuungsberufen? Eine Expertin der Berufsgenossenschaft informiert über Hintergründe eines tabuisierten Themas

Gewalt und Aggressionen in Pflege- und Betreuungsberufen nehmen anscheinend zu. Laut einer Studie des Universitätsklinikums Eppendorf (UKE) und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) fühlt sich etwa ein Drittel der Beschäftigten durch entsprechende Erlebnisse stark belastet. Dabei lasse sich das Risiko, Gewalt zu erleben, durchaus drosseln: durch eine gute Vorbereitung der Betriebe und der Beschäftigten.

BERLIN/HAMBURG. Nur ein Drittel der in der Studie Befragten gab jedoch an, auf kritische Situationen tatsächlich gut vorbereitet zu sein. Mit Deeskalationstrainings und anderen Präventionsangeboten kämpft die BGW seit mehr als zehn Jahren darum, Tabus und Teufelskreise aufzubrechen. Seit gut zwei Jahren fährt sie zudem eine einschlägige Informationsoffensive. Auch bei dem für September geplanten Kongress „BGW forum – Gesundheitsschutz in der Behindertenhilfe“ in Hamburg wird das Thema Aggression und Gewalt eine Rolle spielen. Der EPPENDORFER sprach mit der BGW-Präventionsexpertin Dr. Heike Schambortski über Erfolge, Herausforderungen und Hintergründe.

„Unsere Unfallzahlen zwischen 2010 und 2015 zeigen einen leichten Zuwachs“, so Schambortski. Es gebe allerdings wenige belastbare Zahlen, und diese seien auch mit Vorsicht zu genießen. Für 2015 habe eine Hochrechnung gut 3000 meldepflichtige Vorfälle in den genannten Branchen ergeben. „Zwischen 2010 und 2015 hatten wir insgesamt vier Todesfälle aufgrund von Gewaltereignissen in unseren Mitgliedsbetrieben bei knapp acht Millionen versicherten Personen“.

„Unsere Aktivitäten tragen dazu bei, dass heute auch genauer hingeschaut wird. An den Fragen aus den Betrieben merken wir, dass Gewalt zunehmend thematisiert wird“. Gemeint sind damit körperliche Übergriffe, Beleidigungen, Beschimpfungen und sexuelle Belästigungen. Beschäftigte, die häufig verbalen Aggressionen oder Belästigungen ausgesetzt sind, fühlten sich stark belastet. Nicht selten mangle es an Unterstützung durch Kollegen oder Vorgesetzte, die solche Vorkommnisse als unvermeidbaren Teil des Arbeitsalltags betrachteten. Dieses fehlende Verständnis

belaste zusätzlich.

Die besondere Gefährdung in den Pflege- und Betreuungsberufen habe damit zu tun, dass die betreuten Menschen zum Teil – sei es krankheits- oder medikamentös bedingt – über wenig Impulskontrolle und eine geringe Frustrationstoleranz verfügen oder auch verwirrt sein können. Gewalt gehe zuweilen auch von Angehörigen aus, die sich in einer Ausnahmesituation befinden. Dennoch liege es in der Verantwortung des Arbeitgebers, Gefährdungen vorzubeugen und den Beschäftigten beizustehen. Hierbei unterstütze die BGW, deren vorrangige Aufgabe es sei, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren von vornherein zu verhindern. Ziel sei es daher auch, in den Unternehmen ein gutes Sicherheits- und Gesundheitsmanagement zu etablieren.

Gründe für zunehmende Aggressionen gegen Pfleger und Betreuer könnten neben Eskalationen aufgrund von Personalengpässen und Kostendruck auch eine veränderte Wahrnehmung von Autoritäten sein: Ärzte und Pflegekräfte seien nicht mehr Autoritäten qua Amt, sodass die Leute sich heute Anweisungen eher nicht mehr einfach fügten. Der Wettbewerb im Gesundheitswesen führe zudem dazu, dass Patienten in Einrichtungen aufgenommen werden, die dafür nicht geeignet sind: In der häuslichen Pflege beispielsweise befänden sich immer wieder auch gewalttätige Patienten, die eigentlich anderweitig untergebracht gehörten. Schambortski: „Wenn Pflegedienste die Sicherheit ihrer Beschäftigten ernst nehmen, müssen sie auch mal Klienten ablehnen“.

Ein großes Problem sei die weit verbreitete Tabuisierung des Themas in den Einrichtungen. „Bei uns kommt das nicht vor“, heiße es häufig ablehnend. Doch die Sorge ums Image führe in den Einrichtungen nicht selten zu einem Teufelskreis: Die betroffenen Beschäftigten trauen sich nicht, über Vorfälle zu sprechen, und es wird nichts unternommen, um Gewalt vorzubeugen. Vieles, was unterhalb der Schwelle des „Zusammenschlagens“ liege, falle unter den Tisch, darunter auch Beleidigungen und Übergriffe: „Sexuelle Belästigung kommt ebenfalls vor und wird sehr tabuisiert“. Problematisch sei ferner strukturelle Gewalt, etwa wenn Betreute aufgrund von Personalmangel unter Zeitdruck zur Nahrungsaufnahme genötigt werden. Auch dadurch komme



Der Umgang mit Aggression und Konflikten kann und muss in Einrichtungen, die hilfsbedürftige Menschen betreuen, trainiert werden. Foto: Peter Hebgen / pixelio.de

es zu aggressiven Gegenreaktionen. Tabuisierung sei jedoch in keinem Fall eine Lösung, so Schambortski: „Sie verhindert vielmehr Präventionsmaßnahmen“.

Deeskalationstrainings und ein offener Umgang mit dem Thema seien schon deswegen wichtig, da sie ein besseres „Coping“ (Bewältigung) bewirk-

Trainings und offener Umgang reduzieren psychische Belastung

ten: Die psychische Belastung der Mitarbeiter sei geringer. „Sie fühlen sich nicht so ausgeliefert“. Gleichzeitig sinke durch die Vorbereitung auf kritische Situationen und den Umgang mit Gewalt auch das Risiko, selbst Gewalt zu erleben. Wesentliche Grundlagen der Prävention seien auch eine Gefährdungsbeurteilung, die Gewalt als Gefährdung aufgreift, sowie daraus abgeleitete Maßnahmen, wie eine sichere Ausstattung der Einrichtung – etwa durch Rückzugsräume, Fluchtwege, Sicherheits-

glas oder Notsignalgeräte. Auf organisatorischer Ebene spielten Notfallpläne, Rettungsketten, Handlungsspielräume und systematische Auswertungen eine Rolle. Mitarbeiter sollten neben der Deeskalation etwa auch Abwehr- und Befreiungstechniken beherrschen und geeignete Kleidung tragen.

„Eine gute Gefährdungsbeurteilung wird immer gemeinsam mit den Beschäftigten gemacht“, so Schambortski. Dadurch erreiche man neben der Einbeziehung umfassender Expertise auch die Sensibilisierung der Mitarbeiter und die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen. In vielen Unternehmen sei der Nutzen von Gefährdungsbeurteilungen inzwischen bekannt. Doch es gebe noch immer Betriebe mit Nachholbedarf. Bei seinen Betriebsbesichtigungen überprüfe der Aufsichtsdienst der BGW, ob eine angemessene Gefährdungsbeurteilung vorliegt. Komme es trotz aller Prävention zu einem Vorfall, sei es die Aufgabe der BGW, sicherzustellen, dass der Betroffene wieder am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben kann, wozu bei Bedarf auch psychotherapeutische Behandlungen gehörten.

Zu den Erfolgen von Informationsoffensive und Präventionsangeboten zählt Heike Schambortski, dass betroffene Mitarbeiter zunehmend auch nicht meldepflichtige Vorfälle angeben. „Auch psychische Folgen werden stärker gemeldet“. Möglicherweise bestehe eine Wechselwirkung zwischen besserer Aufklärung und gemeldeten Vorfällen. Ein Symposium zum Thema Gewalt am Arbeitsplatz, zu dem im November 2016 rund 300 Teilnehmer nach Dresden gereist waren, sei innerhalb kürzester Zeit ausgebucht gewesen. Seit 2005 biete die BGW bereits Deeskalationstrainings, Beratungen und Seminare an. „Dennoch ist es wichtig, das Tabu weiter aufzubrechen und Gewalt, Aggressionen und sexuelle Belästigungen offen anzusprechen“.

Weitere Infos zum Thema gibt es online unter: www.bgw-online.de/gewalt und in der Broschüre „Gewalt und Aggression gegen Beschäftigte in Betreuungsberufen“, die ebenfalls im Internet zu finden ist. Näheres zum „BGW forum 2017 – Gesundheitsschutz in der Behindertenhilfe“ in Hamburg findet sich unter www.bgwforum.de.

Gesa Lampe